

Parteien rügen Scholz' Atommacht-Vorstoß

Selbst bei der Union herrscht Kopfschütteln über den früheren Verteidigungsminister

Der frühere Verteidigungsminister Rupert Scholz ist mit einem Vorstoß für eine Debatte über Deutschland als Atommacht auch in seiner eigenen Partei CDU auf Ablehnung gestoßen.

BERLIN · Scholz, 1988/89 unter Bundeskanzler Helmut Kohl Ressortchef für Verteidigung, zog in der *Bild*-Zeitung in Zweifel, ob die Schutzgarantie der Westmächte für Deutschland nach dem Ende des Kalten Krieges noch Bestand habe. Wenn es dafür keine verbindlichen Zusagen gebe, „müssen wir die Frage ernsthaft diskutieren, wie wir auf eine nukleare Bedrohung durch einen Terror-Staat angemessen, im Notfall also sogar mit eigenen Atomwaffen, reagieren können“.

Scholz sagte weiter, er sei sich bewusst, „dass ich mit dieser Frage ein Tabu anspreche“. Er halte aber das Bedrohungsszenario „zum Beispiel vor dem Hintergrund des iranischen Atomwaffen-Programms keineswegs für abstrakt“.

Für die CDU/CSU-Fraktion distanzierte sich deren verteidigungspolitische Sprecher Bernd Siebert von den „Vorschlägen des früheren Kollegen Rup(p)ert Scholz“. Im gleichen Sinne äußerte sich der CDU-Parlamentarier Erich Fritz in einer aktuellen Stunde des Bundestages über das iranische Atomprogramm. Einlassungen wie die von Scholz „rauben einem den Glauben an die

Fähigkeit von Professoren, mit solchen Dingen umzugehen“, sagte er. Scholz ist Juraprofessor und sitzt dem Aufsichtsrat des Fußballbundesligisten Hertha BSC vor.

SPD-Generalsekretär Hubertus Heil warf dem früheren Bundeswehrchef „unausgegrenzten Populismus“ vor. Der FDP-Sicherheitsexperte Rainer Stinner warnte, man dürfe vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung um die iranischen Rüstungspläne kein Öl ins Feuer gießen.

Für die Linkspartei bezeichnete es deren Abgeordneter Paul Schäfer als „absurd, den möglichen nuklearen Ambitionen bestimmter Länder mit deutschen Atomwaffengelüsten begegnen zu wollen“. Die Antikriegs-Organisation IPPNW verwies auf Umfragen, wonach mehr als neun Zehntel der Bundesbürger Atomwaffen für völkerrechtswidrig halten und grundsätzlich ablehnen. Scholz und die *Bild*-Zeitung versuchten, „eine Gespenster-Debatte anzuzetteln“.

Jenseits des Unmuts über den Vorstoß des früheren Verteidigungsministers kritisierten Oppositionspolitiker Bundeskanzlerin Angela Merkel, weil sie auf ihrem Besuch in Paris zu viel Verständnis für die Atomwaffen-Politik des französischen Präsidenten Jacques Chirac an den Tag gelegt habe.

Trittin warnt vor Eskalation

Der Grünen-Politiker Jürgen Trittin, der sich als ehemaliger Umweltminister jetzt

um Außenpolitik kümmert, sagte: „Es ist unsere Aufgabe, den Einstieg in ein neues atomares Wettrüsten im Iran und ausgehend vom Iran zu verhindern – aber mit zivilen Mitteln.“ Es dürfe „kein schleichende Eskalation zur Planung eines militärischen Einsatzes geben“.

Der SPD-Politiker Gernot Erler, Staatsminister im Auswärtigen Amt, begrüßte die jüngsten Signale der Regierung in Teheran, womöglich doch auf ein russisches Angebot zur Uran-Anreicherung in Russland einzugehen. Das eröffne neue Chancen, den Konflikt auf diplomatischem Wege zu lösen. „Seit gestern sieht es aus, als könnte sich dieses Fenster etwas öffnen“, sagte Erler.

Der iranische Unterhändler Ali Laridschani bekräftigte am Donnerstag, seine Regierung sei offen für Gespräche über die russischen Vorschläge. Die Internationale Atomenergie-Behörde (IAEO) will am 2. Februar über den Fall und mögliche Konsequenzen aus dem iranischen Kurs hinsichtlich einer eigenen Atom-Bewaffnung ziehen. Deutschland, Frankreich und Großbritannien haben über den Verzicht darauf mit den Iranern verhandelt, die Verhandlungen aber für vorerst gescheitert erklärt. KNUT PRIES